

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Mittagszeitung im Kreise St. Goarshausen.

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage.

Inserate pro Spalte 40 Pf.

Reklamenzelle 1.— M.

Amtsblatt der

Verantwortlicher Redakteur: A. Gemb.

Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 13

Redaktionschluss 10 Uhr vormittags.

Fernsprecher Nr. 30.



Stadt Braubach.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von A. Gemb. in Braubach.

Postkontonr. Nr. 7639 Frankfurt/Main.

Bankkonto: Nassauische Landesbank.

Bezugspreis

monatlich 3.— Mark,

durch die Post bezogen vier-

jährlich 9.— Mark,

von denselben frei ins Haus

geliefert 9,45 M.

Nr 267

Braubach a. Rhein, Montag, den 13. Dezember 1920.

30. Jahrgang.

Zeitung für eilige Leser.

Während einer Sitzung des rumänischen Senats wurde eine Bombe in den Sitzungssaal geworfen, wodurch mehrere hohe Würdenträger teils getötet, teils schwer verwundet wurden.

Der Reichstag hat die Besoldungsvorlage nach den Vorschlägen der Regierung angenommen.

Die kaiserliche Kammer wählte den bisherigen Ministerpräsidenten Grafen Hertling zum Reichspräsidenten.

Zum Präsidenten der deutsch-österreichischen Republik wurde Dr. Michael Beinhart gewählt.

Um die finanzielle Selbstständigkeit der Gemeinden.

Ein warnendes preussisches Beispiel.

Über die Festsetzung des Anteils der Gemeinden an den Reichsteuern hat der preussische Finanzminister Lüdemann in der Sitzung des Reichstages am 12. Dezember eine eingehende Erklärung abgegeben. Er sagte nämlich, es sei zweifelhaft, ob Preußen angesichts der schwierigen Finanzlage noch in der Lage sein werde, den Gemeinden ihren Anteil an den Steuerüberweisungen des Reiches in dem bisher geplanten Umfang zuzuwenden. Über die Verteilung dieser Staatseinnahmen an die Gemeinden könne nicht entschieden werden, bevor Preußen selbst für die Deckung seiner eigenen notwendigen Staatsausgaben Sorge getragen habe. Der Finanzminister beantragte deshalb, die Beschlüsse über die Überweisungen an die Gemeinden solange auszuschieben, bis durch Annahme des Grundsteuergesetzes ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben im preussischen Staatshaushalt hergestellt sei.

Diese Stellungnahme des Leiters der preussischen Finanzen ist zwar vom Standpunkt eines Verwalters der Staatskasse aus verständlich. Gewinnt doch der Finanzminister bei Durchsetzung dieser Forderung ein starkes Druckmittel für die Annahme seines Grundsteuervorschlags. Er kann nämlich die Gegner dann einfach darauf hinweisen, daß bei Ablehnung dieses Entwurfs die Gemeinden ohne die zur Aufrechterhaltung ihres Haushaltes unentbehrlichen Geldmittel bleiben würden. Aber von einer höheren Warte aus muß gesagt werden, daß die Gemeinden schließlich zu wichtigen Trägern menschlichen und staatsbürgerlichen Zusammenlebens sind, als daß man sie in dem wichtigsten Teile ihres Selbstbestandes einfach auf das Verwerfliche dürfte, was nach Befriedigung der Bedürfnisse des Staates noch übrig bleibt. Auch das Reich führt ja den Ländern und Gemeinden einen bestimmten Teil des Steueraufkommens zu und speist sie nicht etwa mit dem, was nach Bilanzierung des Reichsetats noch übrig bleibt. Denn dann müßten die Länder heute mit einem riesigen Defizit sich begnügen. Ebensowenig können aber auch die Länder den Gemeinden einfach sagen, sie könnten erst dann etwas erhalten, wenn der Staatshaushalt ausgeglichen sei. Das kann doch sicherlich nicht der Sinn einer Landessteuergesetzgebung sein.

Es ist vielleicht ein Fehler, daß im preussischen Landessteuergesetz den Gemeinden nicht wenigstens von dem Einkommen aus der wichtigsten Steuerquelle, der Einkommensteuer, ein bestimmter Anteil gesichert wird. Man wollte aber wohl der Ungleichheit des Verhältnisses in den einzelnen Ländern, insbesondere der verschiedenen geschichtlichen Entwicklung der Gemeinden in Preußen und Süddeutschland, Rechnung tragen. In keinem Falle aber kann die Abhängigkeit der Gemeinden von der Reichsregierung und die Verfügungslosigkeit der Gemeinden noch weiter eingeschränkt werden, als es ohnehin geschieht.

Die kommunale Selbstverwaltung, die zu den wichtigsten aufbauenden Kräften der deutschen Länder gehört, ist in ihrem Fortbestand aufs schärfste bedroht, wenn man den Gemeinden die unentbehrlichen Einnahmequellen verweigert. Sie brauchen zur Erfüllung ihrer Aufgaben einen festen Anteil an den Steuerüberweisungen des Reiches und werden auch dann noch Mühe genug haben, ihre wachsenden notwendigen Ausgaben mit den höchst beschränkten Einnahmemöglichkeiten in Einklang zu bringen.

Zur Verhinderung der Nebenarbeit gewerblicher Arbeiter

Wie in großem Umfang nach Erledigung der arbeitsfähigen Arbeitszeit ausgeführt wird, soll in den Gesetzgebungen über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter laut Mitteilung des Reichsarbeitsministers auf die Anfrage des Abg. Grawert (D. V.) eine Bestimmung aufgenommen werden, durch die solchen Arbeitnehmern, die bei einem Arbeitgeber regelmäßig bis zu der gesetzlich aufgestellten Dauer beschäftigt werden, unterliegt wird, ein dauerndes Arbeitsverhältnis mit einem zweiten Arbeitgeber eingegangen, und durch die den Arbeitgebern verboten wird, entgegen dieser

Bestimmung Arbeitnehmer wissentlich zu beschäftigen, zu widerhandlungen werden mit Strafe bedroht.

Auch insoweit soll die selbständige Nebenarbeit verboten werden, als sie im Betrieb des Arbeitgebers nach Ablauf der gesetzlichen Arbeitszeit vorgenommen wird. Für die Befolgung des Verbots soll der Arbeitgeber haftbar gemacht werden können. Nicht durchzuführen und daher nicht beabsichtigt ist ein gesetzliches Verbot der sonstigen selbständigen Nebenarbeit, z. B. eines Schlossers, Installateurs, der nach seiner Fabrikarbeit noch kleine Arbeiten ausführt. Solche Nebenarbeit auszuführen, muß besonderen Abmachungen in den Tarifverträgen vorbehalten bleiben. Im Reichsland Sachsen sind an mehreren Orten vorläufige Ausschüsse zur Überwachung der Durchführung des Nachtarbeitgesetzes eingesetzt worden, die den bei solcher Nebenarbeit betroffenen Arbeiter mit Entlassung bezug, Nichtwiedereinstellung und Ausschluss aus der Gewerkschaft bedrohen.

Deutscher Reichstag.

Auf der Tagesordnung steht die

zweite Lesung des Gesetzesentwurfs betreffend den Steuerungs- und Zulassungsgesetz für den Rinderzuchtzweigen

mit Wirkung ab 1. Oktober 1920 für die Distrikte A mit 125 Prozent, für die Distrikte B mit 100 Prozent, für die Distrikte C mit 75 Prozent. Der Ausschuss beantragte Erhöhung für Distrikte A auf 150 Prozent, für B auf 125 Prozent, für C auf 100 Prozent und für D und E auf 75 Prozent. Außerdem beantragte der Ausschuss, die bisher nur 80 Prozent der Distrikte betreffen, sollen hierauf noch die übrigen 20 Prozent erhoben werden.

Die Deutschnationalen beantragen Erhöhung der Steuerungsanlagen im allgemeinen um 50 Prozent und außerdem 15 Prozent Rinderzulage. Die Demokraten, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei beantragen, daß bei den Distrikten, die in eine höhere Distriktsklasse kommen sollen, schon jetzt den Beamten die Differenz in Anrechnung gebracht wird. Die Reichsbannerbewegung beantragte Erhöhung der Steuerungsanlagen bei den Grundbesitzern bis 3100 Mark auf 60 Prozent. Die Unabhängigen beantragen Festsetzung der Steuerungsanlagen für alle Reichsbeamten einschließlich der Distrikte auf 10000 Mark, ferner Regelung der Rinderzulagen einheitlich für alle Rinder bis zum vollendeten 21. Lebensjahr und regelmäßige halbjährliche Nachprüfung der Steuerungsanlagen.

Abg. Dr. Goefle (Str.) begründet den Antrag des Ausschusses.

Abg. Steinbock (Soz.) schildert die Notlage der Beamten. Die ursprüngliche Regierungsvorlage war ungenügend, denn so groß die Notlage kinderreicher Familien ist, so kann auch an den kinderlos verheirateten Beamten und an den Ledigen nicht ganz vorbeigegangen werden. Unser Vorschlag hält sich in den Grenzen des Möglichen.

Abg. Alletotte (Str.): Das Kabinett hätte schneller mit seiner Entscheidung kommen sollen. Unter allen Umständen tut aber rasche Hilfe not. Außerdem ist die Verbilligung der Lebensmittel notwendig.

Abg. Herat (D. nat.): Die Regierungsvorlage, die nur einem Teil der Beamten helfen sollte, erfährt durch den Ausschussantrag eine wesentliche Verbesserung. Leider sind die Pensionäre wieder ausgelassen worden. Die Notlage aber ist allgemein und deshalb muß allgemein geholfen werden. Wenn wir von der Beamtenchaft verlangen, daß sie nicht in den Streik treten darf, müssen wir auch sorgen, daß sie nicht hungert.

Finanzminister Dr. Wirth: Das Reich kann nicht von heute auf morgen einen Schritt von unbefriedigender Tragweite tun, der auch die Städte und Gemeinden verunsichert. Auch der preussische Finanzminister hat erklärt, er könne die Aufhebung nur vornehmen, wenn ihm das Reich die Mittel dazu gebe. Wir haben uns pflichtgemäß an den Reichstag gewandt. Die Finanzminister der Länder haben einstimmig erklärt, sie hätten keine Mittel zu zahlen. Der Kommunisten Antrag der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei wollen wir insofern entgegenkommen, als wir beim Reichstag durchsetzen wollen, daß bei den Orten, deren Gemeindefinanzen in Distrikte ungewiss sind, feststeht, die höheren Zulagen gezahlt werden sollen. Im übrigen hält die Regierung an ihrer Vorlage fest. In Regierungskreisen hat keine Absicht bestanden, das deutsche Volk noch vor Weihnachten in eine Krise stürzen zu wollen. Das überlassen wir den Rechten.

Abg. Morath (D. V.): Es wäre besser gewesen, sofort politische Frage und jeder Sache zu machen. Der sozialdemokratische Antrag sei unzureichend. Wenn es den Beamten heute so schlecht geht, so tragen diejenigen die Schuld daran, die einstimmig die Forderungen der Arbeiter wieder und wieder erfüllt haben.

Abg. Breunig (M. S.): 10000 Mark Zulage sind durchaus mäßig. Mit der Vorweisanzahlung der Januarbezüge ist niemand abgedeckt.

Abg. Dellus (Dem.): Die Notlage der Beamtenchaft ist letzten Endes auf die schlechte Verwaltung unter den früheren Regierungen zurückzuführen. Nichts wäre eine Sache

der Regierung, die besser gewesen als ein schlechter Rat. Nachdem aber im Reichstag keine Einsicht zu erzielen war, handelt es sich um eine schnelle Hilfe in den erreichbaren Grenzen. Der preussische sozialdemokratische Finanzminister Pöhlmann trägt die Schuld an der ablehnenden Haltung des Reichstages. Im übrigen geht die Vorlage in den meisten Fällen weiter als der deutschnationale Antrag.

Abg. Plattner (Rom.): Die Regierung ist der größte Feind der Beamten. (Große Unruhe. Der Redner wird vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.) Die Beamtenchaft, die Arbeiter, die Betriebsräte und die Regierung sollten zusammenkommen und eine richtige Besoldungsreform ausarbeiten. Hier kann nur der Kommunismus helfen.

Abg. Bauer (D. nat.): Wir haben es für eine Hauptaufgabe, die Reichsbesoldungsordnung einmal gründlich nachzusehen.

Abg. Herat (D. nat.): In solcher Notlage muß ein unter einen Vorwand als wirkliche Gehaltszahlung auflassen. Eiserne Sparsamkeit auf allen Gebieten des Staats, nicht aber eiserne Sparsamkeit gegenüber der Beamtenchaft. (Ruf: Daß Du Dir aber veränderst!)

Abg. Dr. Goefle (Str.) erkennt die fleißige Arbeit des Ausschusses an. Es lag unabweisbares Material vor, dessen Verarbeitung Zeit in Anspruch nehmen mußte.

Abg. Dammell (Rom.) polemisiert ebenfalls gegen die Rechte, die wohl glaube, die Zeit zum Sturz der Regierung sei gekommen. Wir werden für den Antrag der Reichsbannerbewegung nach etwaiger Ablehnung unserer Anträge stimmen.

Damit schließt die Debatte.

Die Abstimmung.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte über die Reihenfolge der Abstimmungen wird der deutschnationale Antrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt, desgleichen die sozialdemokratischen Anträge gegen die gesamte Linke. Der Ausschussantrag zur Regierungsvorlage wird gegen die beiden unabhängigen Parteien und die Kommunisten angenommen. Die Anträge der Unabhängigen werden abgelehnt. Der Antrag der Unabhängigen gegen das Streikverbot der Beamten wird gegen die äußerste Linke abgelehnt.

Das Gesetz wird sodann in der Fassung der zweiten Lesung auch in dritter Lesung gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Freitag Mittag 12 Uhr: Anträgen, unabhängige Antropellation über das Verbot des Beamtenstreiks. Grundbesitz, Erneuerungsministeriums. Schluß gegen 8 Uhr.

Machnos Niederlage.

Nach Mitteilung der Sowjetregierung hat nach General Machno vor der Vernichtung Wrangels mit seinen Banden, die 20000 Mann betragen, der Sowjetregierung zum Kampfe gegen Wrangel zur Verfügung gestellt. Die Anführer Machnos führen aber auch nach der Vernichtung Wrangels fort, die Einwohner auszunutzen. Die organisierten ferner Aufstände der Großbauern und anderer Elemente gegen die Sowjetmacht. Der Revolutionrat der Ukraine befahl daher, die Armee Machnos in einen gewöhnlichen Truppenteil umzuwandeln. Nach dieser Umbildung erhielt die Armee Machnos den Befehl, sich nach dem Kaukasus zu begeben. Anstatt diesem Befehl nachzukommen, begann Machno feindselige Aktionen gegen die Sowjetmacht, indem gegen Machno vorzugehen werden mußte. Gegenwärtig sind Machnos Kampfkräfte größtenteils geschlagen und seine ganze Artillerie erbeutet.

Die Armee Budjennys.

Die kaukasischen Soldaten, die bisher in Budjennys Armee waren, sind sämtlich aus ihr entlassen und nach Zentral-Russland geschickt worden, wo sie in Sabotage-Expeditionen gegen ausländische Bauern Verwendung finden.

Budjennys Armee besteht ausschließlich aus wachstenden Kommunisten, auch die Offiziere rekrutieren sich nur aus ehemaligen Zöglingen der kommunistischen Offizierschulen.

Die Soldaten Budjennys genießen vor anderen Rotarmisten viele Vergünstigungen. Sie sind gut gekleidet und stets satt, erhalten hohen Lohn und oft Belohnungen in Geld und Verpflegung. Wenn sie aus Urlaub sind, genießen sie, wo immer es sei, freie Wohnung, volle Nahrung und bekommen Theaterbillette. Dabei krebten die Roten, so streng auch die Disziplin ist und obgleich für kleine Vergehen die Todesstrafe ohne Unterbrechung droht, alle danach, in die Armee Budjennys einzureiten zu werden. Dies Vot winkt aber nur den allerruhmreichsten und allertüchtigsten, weshalb diese Armee als Elite-Formation gelten kann.

Die Operationen dieser Armee leitet ihr Stabschef Michailowitsch, ehemaliger Oberst im Generalstabe der zarischen Armee und Professor der Generalstabs-Akademie, ein aus-gezeichnete Kenner des Kavalleriebetriebes.

Die Berliner Großindustrie rüßte an der Reichs-Konferenz eine dringende Forderung nach Reichsbefreiung, andernfalls umfangreiche Produktionsbeschränkungen und Arbeitsentlassungen vorzunehmen werden müßten.

Deutschlands „finstere Pläne“ gegen den Völkerbund.

Die vom Völkerbundsekretariat herausgegebene Pressestimmen-Sammlung gibt in ihren beiden letzten Hefen japanische Kommentare zum deutschen Memorandum über die Kolonialmandate wieder. So schreibt „Nishi-Nishi“ u. a.: Wir erfahren, daß Deutschland der Versammlung eine Rote gefandt hat, in der es erklärt, daß es sich nicht mehr durch die kolonialen Bestimmungen des Versailler Vertrages gebunden, erachtet. Man sieht nicht klar, ob Deutschland finstere Pläne gegen die Versammlung hegt, um die Würde des Völkerbundes zu verletzen. Das Blatt schreibt, daß Deutschland, nachdem es seine Kolonien den Alliierten überlassen hatte, weder berechtigt sei, eine Meinung über diese Frage zu äußern, noch die Ansichten einer Versammlung zu interpretieren, in die es noch nicht aufgenommen ist.

Eine neue Note der Entente an Deutschland.

Wie gemeldet wird, liegt eine neue Note der Entente bevor. Frankreich und England werden von der deutschen Reichsregierung ersöhnende Rechnungsabrechnung darüber fordern, welche Summen Deutschland seit 9. Nov. 1918 sowohl an Entlohnung als auch an andere Mitglieder der Entente gezahlt hat. Die Note soll auch genaue Aufklärung bezüglich des Titels verlangen, unter welchem das Geld zur Auszahlung gelangt ist.

König Konstantin nimmt keine Rücksicht auf die Entente.

Der Sonderberichterstatter des „Daily Express“ in Athen meldet, daß König Konstantin eine lange Depesche von Reichtümern erhalten habe, welche die offizielle Aufforderung enthalte, nach Athen zurückzukehren. Verschiedene Mitglieder aus dem Gefolge des Königs befürchten, daß Konstantin die Ankündigung der Verbündeten nicht beachten wird und daß er, selbst wenn er keine finanzielle Unterstützung finden würde, seine Schwierigkeiten hätte, eine innere Anleihe in Griechenland aufzunehmen.

Nach einer Meldung aus Athen hat die griechische Regierung beschlossen, den König Konstantin in einem Telegramm, das ihm das Ergebnis der Volksabstimmung mitteilt, aufzufordern, nach Griechenland zurückzukehren. Die Rückkehr König Konstantins wird in königlichen Kreisen für Mitte nächster Woche erwartet.

Die Eröffnung der Kammer ist auf den 23. Januar festgesetzt worden. Der Kriegsminister hat an alle Militärbehörden einen Befehl ergehen lassen, in dem es heißt: Die Regierung, die sich auf den Volkswillen stützt und Freiheit und Gerechtigkeit auch gegenüber allen Offizieren und Soldaten, die für die nationalen Ziele seit 1912 gekämpft haben, üben will, beabsichtigt nicht, Dienstleistungen oder Vergeltungsmaßnahmen vorzunehmen. Alle Militärpersonen sind verpflichtet, den Volkswillen zu achten, sich ihm zu unterwerfen und ihren Dienst in gutem Einvernehmen weiter zu versehen zum Wohle des Vaterlandes.

Ein Ausschuß, der über die zurückgetretenen Marine-offiziere beraten sollte, genehmigte den Wiedereintritt der meisten derselben.

Die plündernden Polen.

Die Litauische Telegraphen-Agentur teilt mit: Die Polen überschritten die Demarkationslinie und plünderten das litauische Drama. Am Abend gingen die Polen zurück und verließen Verstecke einzunehmen, wurden aber zurückgewiesen.

Ein Bombenattentat.

Die Telegraphen-Agentur Damaskus meldet aus Damauskus: In der Senatssitzung wurde ein Bombenattentat verübt, durch welches der Bischof Nadi und der Minister Dracoani getötet wurden. Außerdem wurden zwei Bischöfe, zwei Senatoren, ein Minister und ein General schwer verletzt.

Der Mann mit der Maske.

Roman von Walter Schmidt-Dahler.

(Nachdruck verboten.)

Als Bruno eintrat, auch es einen klüchtigen Moment in den dunklen Augen des Vurichen — kaum bemerkbar — mit der Schnelligkeit eines Gedanken — als ob auch in ihm irgendeine alte Erinnerung aus der Tiefe der Vergangenheit emporschlüpfte. Aber mit vollkommener Ruhe führte er gleichzeitig die Zigarette wieder zum Munde, blies eine Rauchwolke vor sich hin und ohne seine Stellung zu verändern, schaute er mit gleichgültigster Miene vor sich hin.

„Na, das muß man sagen, pünktlich bist du!“ rief lachend Frau Lohmeyer. „Da ist auch der junge Mann, von dem wir gestern sprachen. Er wartet schon seit halb zwölf Uhr auf dich! — Und sehr gespannt auf gute Geschäfte ist er auch!“

„Also das ist der Felix?“ sagte Bruno und reichte dem jungen Manne die Hand, wie einem alten Bekannten. „Gut mit, Sie kennen mich!“

„Wie soll's auch kennen, wenn ein Geschäft zu machen ist“, antwortete der Vuriche, „die Zeiten sind ja jetzt geradezu erbärmlich, und gar nichts mehr zu verdienen!“

„Na, wollen mal sehen!“ erwiderte Bruno und lud Felix ein, mit ihm an einem der Tische Platz zu nehmen. „Abgesehen eine Frage: Kennen wir uns nicht schon?“

Der Vuriche lachte und schüttelte den Kopf, „daß ich nicht wüßte! — Ich habe sonst für Geschäftler ein ziemlich gutes Gedächtnis — muß man in Berlin schon haben, um die vielen Heimlichen von der Polizei wieder zu erkennen, aber daß wir uns schon mal irgendwo gesehen haben sollten — nee — ich glaube, da irrten Sie sich!“

„Mag sein! Tut auch nichts zur Sache. Frau Hennig, eine gute Flasche Wein!“

„Sie sagen ja nobel an!“ lachte Felix, während er sich's am Tische bequem machte und eine neue Zigarette anzündete.

„Ich hoffe, wir werden auch nobel fortfahren“, lachte Bruno, „denn Sie können mit unserer Sache ein anständiges Stück Geld verdienen.“

„500 Mark. Mutter Lohmeyer hat mir schon gesagt,

Aus Semenovs Bericht am Ende.

Aus Peking wird gemeldet: Nachdem Semenovs Truppen zerstreut und sich auf chinesisches Gebiet zurückgezogen haben, um der Gefangenschaft zu entgehen, ist die Herrschaft der Sowjetregierung bis nach Mandschukow hin gestreckt. Semenov hat nicht mehr als 8000 Soldaten seiner zusammengeführten Armee nach China gebracht. Diese Truppen sollen nach einer Meldung an der mandschurischen Grenze entworfen worden sein.

„Nichts mehr zu verlieren übrig.“

Aus Wien wird gemeldet: „Daily Chronicle“ sagt in einem Zeitungsbericht, die Finanzlage Österreichs gestalte sich täglich schlimmer. Neue Steuern seien aus dem Land nicht herauszuholen, denn es sei nichts mehr zum Veräußern übrig. Die Lage sei so ernst, daß sich in Österreich keine Regierung bilden könne, und der Nationalbankrott vor der Tür stehe.

Aufhebung des Demobilisationsausschusses.

Wie die bayer. Regierung im Landtag mitteilte, ist auf Berlin die Nachricht eingetroffen, daß die Aufhebung der Verordnung über die Freimachung von Stellen zum 1. April 1921 zu erwarten ist. Der Staatsbahnbaudirektor des Landtags nahm einen Antrag (R. P.) an, daß die Demobilisationsausschüsse schon ab 1. Januar 1921 ihre Tätigkeit einstellen.

Vierhundert Menschen ermordet?

Vor einiger Zeit ging der französische Dampfer „Afrique“ auf dem Wege von Bordeaux nach Westafrika an der französischen Küste unter. Nur wenige von den 400 Fahrgästen wurden gerettet, und außerdem gingen große Werte mit auf den Grund, u. a. fünfzehn Millionen Franken in ganz neuen Banknoten, die für die afrikanische Abteilung der Banque de France bestimmt waren. Damals interessierte sich die Öffentlichkeit nicht für die verlorenen Gelder, dazu war der Verlust an Menschenleben zu groß. Vor einigen Tagen entdeckten die Banken in Bordeaux, daß unter den eingezahlten Geldern eine ganze Anzahl jener Noten war, die, wie man glaubte, auf dem Meeresgrund lagen. Die Angelegenheit wurde der Polizei gemeldet, die raslos war, bis eine Bank in Marseille auch in ihren Rassen einige der verschwundenen Noten fand. Nun wußte man bald, wer sie ausgegeben hatte und bald darauf verhaftete die Polizei einen Automobilhändler namens Jules Carrasch. Die Untersuchung ergab, daß er im Besitz von 700 000 Fr. in vollständig neuen Noten war, deren Nummern mit denen der auf der „Afrique“ verschifften übereinstimmten. Carrasch bewohnte unterkellertes Schmelzen über die Zeit, wie er zu dem Geld gekommen ist. Die Polizei glaubt, daß man hier vor der Aufdeckung eines sensationellen Verbrechens steht. So viel ist jedenfalls heute sicher, daß mindestens eine Million von der Geldsendung der „Afrique“ gehoben worden ist. Wie aber der Verlauf des Dramas selbst gemeldet ist, daß sich auf dem Dampfer abgespielt hat — dies bleibt gerade in dem Augenblick, in dem alle am Leben kämpften — und wie sich der Verbrecher mit dem schweren Stahlkasten retten konnte, in dem die Million verwahrt wurde — das bleibt noch aufzuklären.

Unpolitische Tageschronik.

Delisch. (Von Verbrechern heimgeführt.) Abends drangen drei maskierte Männer in das in der Berliner Straße gelegene Geschäft des Dampfhebewerksbesizers Peter ein, während ein vierter Mann draußen Schmiere stand. Mit vorgehaltenem Revolver verlangten sie von der allein anwesenden Ehefrau Geld. Es fielen ihnen jedoch nur ungefähr 200 Mark in die Hände. Nach längerer Durchsuchung der Wohnung verschwanden die Räuber unter Mitnahme von 9 Flaschen Wein und einigen Zigarren.

Hoch. (Explosion in den Höcker Parkwerken.) Aus bis jetzt noch unbekannter Ursache erfolgte nachmittags in einem Spezialbetrieb der Höcker Parkwerke eine solchschwere Explosion, daß Arbeiter fanden dabei bedauerlicherweise den Tod, sechs wurden schwer verletzt. Das Verursacht große Beschädigungen, doch wird die gesamte Produktion des Unternehmens dadurch nicht in Mitleidenchaft gezogen. Ein mehrere Brutiger schweres Eisenstück

wurde durch die Gewalt der Explosion des mit dem Verfall der Fabrik zusammenhängenden und beschädigten einen Teil der Fabrikanlage. Der Eisenbahnbetrieb kann aber aufrechterhalten werden.

Berlin. (Zwei Automobil Diebe) wurden in Tempelhof gefangen. Die dortige Kriminalpolizei hatte erfahren, daß ein gestohlenes Automobil verkauft werden sollte. Kriminalwachmeister besaßen sich zur Verabredung Zeit an die betreffende Stelle, und tatsächlich fuhr ein auf drei Räder mit einem Kraftwagen vor. Das Automobil wurde zum Stehen gebracht und einer der Diebe im Auto, die beiden anderen, die die Räder ergriffen, in der Parkstraße festgenommen. Es waren drei Berliner Einbrecher, die den Wagen der einen Wert von 200 000 Mark hat, den Kaufmann Kruse am Strahower Platz zu Charlottenburg gefahren hatten. — (Im Volkspark) ein Dieb, der sich der 17 Jahre alte Kurt D. aus Pöhlitz, als er aufgefunden wurde, mit einem Schuß auf den Kopf tot am Tatort. Die Leiche wurde beschlagnahmt und dem Totenhause übergeben.

Rhein. (Gegen die Fluchtgefahr auf dem Rhein.) Die französische Polizeibehörde hat in der Gegend von Koblenz auf dem Rhein ein Netz aus Drahtgittern und auch schwere gerichtliche Maßnahmen, die in einer schweren Phase gewordenen Kohlenhandels auf dem Rhein nicht „unmöglich“ vernünftigen und die dort mehrte Gendarmen zur Bekämpfung des Diebstahls nicht ausreicht, ist jetzt hier ein mit französischen Soldaten besetztes Polizeiboot stationiert worden, das die Bewachung des Stromes mit übernimmt.

Kempten. (Nach einer Pulverfabrik explodiert.) In der Pulverfabrik Kempten in Bayern ereignete sich ein schweres Explosionsunglück, dem das Vollen „am Erster Mai“ geweiht bis jetzt bekannt ist, sind zwei Tote zu beklagen. Außerdem werden aber ein Vorarbeiter und der Inhaber der Fabrik Kempten vermisst.

Mittelrhein. (Mauermord an einem Greise.) Bei dem 70 Jahre alten, armen und gebrechlichen Pfälzer Hermann in Mittelrhein, Bayern, schliefen sich vier Vurichen abends ein und ermordeten ihn durch Erdrosseln, obwohl er lebendig war, ihn am Leben zu lassen. Die Verbrecher sind gefasst. Sie haben die Tat in der Absicht verübt, sich Mittel für ein stilles Leben zu verschaffen, haben aber in ihrem Opfer nur 5 Mark vorgefunden.

Köln. (Ein Berliner ermordet.) Einen schweren Mord beging der Schlächtermeister Friedrich Köhler in Köln, der den Viehhändler und Schlächtermeister Otto Eber aus Berlin, der, um Geld einzulösen, sich in diesen Tagen wieder in Köln aufhielt, im Keller seiner in der Ludwigstraße belegenen Wohnung mit einem Beil erschlug. Ihm die Beine ablagte, den Leichnam in einen Koffer verpackte und abends von der Petribrücke in die Wanne warf. Die Tat wurde entdeckt, als ein anderer Berliner Geschäftsfreund des Ermordeten sich telefonisch nach den Gründen der immer noch nicht erfolgten Rückkehr des Eber erkundigte, zu einer Zeit, als Köhler geschäftlich nach Köln verreist war. Als er mit dem Mittagessen von Köln zurückkehrte, wurde er am Bahnhof festgenommen. Nach anfänglichen Beugungen und nachdem man bei ihm die Leiche des Vermissten gefunden hatte, gestand er die Tat ein. Er will in Geldverlegenheit gewesen sein und den Mord in der Absicht zu bereichern, begangen haben, da er wußte, bei Eber größere Geldsummen bei sich führte. Die Leiche ist bei der Petribrücke in der Wanne entdeckt worden.

Köln. (Das kommt davon.) Ein armer Mann, der sich in einem Einwohnern eines Ortes unheimlich verhielt. Er verkaufte an einen Schieber ein feines Schmelz aus Preisen von 10 000 Mark. Der Preis wurde in 50 Mark Scheinen ausbezahlt. Aber, o Schicksal, als der altschliche Verkäufer seinen Schatz zur Hand brachte, mußte er die unangenehme Erfahrung machen, daß er von einem Gauner betrogen war. Die Geldscheine waren sämtlich falsch.

Ulm. (Zwei raffinierte Diebe.) Zwei Mährische Vurichen forschten am Samstagabend am Festen auf einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 4 und entrißten einer, an der Plattform stehenden Krankenschwester von Mannheim, die am Arm hängende Handtasche und forschten wieder ab. Der Gesamtwert der Raube beträgt nahezu 2000 Mk.

Speyer. (Wahlgelächter) hat ein Mann aus Landheim, dem ein Fahrrad gestohlen worden ist. Er verurteilt sich folgende Erklärung: „Wer in der Drehscheibe in Landheim mein Fahrrad Marke „Dresler“ mit nur einem Rad

undem er dem Vurichen näher rückte. „Es bietet mir keine Wahl, so sehr ich mich auch gegen den Gedanken sträube, ich sehe keinen anderen Ausweg, solange ich auf darüber nachgedacht habe. Ich bin in beständiger Gefahr, verraten zu werden, habe so während einen Tod eind in Rücken, der kein Mittel scheint, mich zu verbergen. Und um diesen Menschen handelt es sich.“

„ne leichte Aufgabe ist das nun gerade nicht“, brummte Felix vor sich hin, „und so was läßt sich auch nicht leicht machen, wie Sie sich's vielleicht denken. Von Glauben und solchen Sachen will ich ja gar nicht reden, bei würden Sie mir ja doch nicht glauben, aber was bei der Sache riskiert, das muß man sich erst reiflich überlegen.“

Selbstverständlich. Wenn Sie nicht den Mut dazu haben.

„Ach was, Mut! Unfimt! Mir habe ich genug, ich kann ich anderen noch was von abgeben. Aber mit der Courage allein ist die Sache nicht gemacht. Da geht's vor allen Dingen Geld dazu, damit man was im Rücken hat und sofort abreißen kann, aber nicht bloß so in der Nähe, sondern weit, am liebsten nach Amerika.“

„Das ist das wenigste, um den Gedanken brand.“ Sie sich keine Sorgen zu machen. Daß ich Ihnen die ganze Summe nicht vorher ausbändigen kann, werden Sie begreiflich finden. Dazu ist unsere Bekanntschaft zu jung. Also hören Sie zu. Wenn Sie mit der Sache einverstanden sind, gebe ich Ihnen zunächst mal die beiprochenen 500 Mark sofort. Außerdem gebe ich Ihnen eine sichere Adresse hier, wo Sie immer, wenn Sie für Auslagen etwas gebrauchen, 100 Mark erheben können auf einen Beutel, den ich Ihnen ausbändige, und wo Sie am Tag, wo offiziell das Ableben des Herrn konstatiert wird, die volle Summe von 10 000 Mark erheben können. Ist Ihnen das recht?“

Kostenlos rief die Augen auf in plötzlichem Erstaunen und was darin funkelnd auflauchte, gab Bruno Gewissheit, daß er seine Absicht erreicht hatte.

„Beim nächsten Mal?“ wiederholte der Vuriche und ein breites Lächeln ging über sein Gesicht, daß die weißen Zähne blühten wie bei einem jungen Raubtier.

Fortsetzung folgt.

An der Beerdigung des wau-
Vorstehenden Zell aus Ober-
schaffhausen, am Dienstag, den
14. Dez., nachm. 4 Uhr, wer-
den die Kameraden gebeten, sich
zahlreich zu beteiligen. Antreten
3 Uhr mit Zugang und
Helm bei Kamerad
Rudolf Reuhaus,

